

Resolution: Wir nehmen den Klimaschutz in eigene Hände! Klimawandel ist Fluchtursache - für eine globale Klimagerechtigkeit!

Vom 6. bis zum 17. November werden rund 20.000 Menschen aus aller Welt zur 23. Vertragsstaatenkonferenz (COP 23) in Bonn erwartet. Hier müssen die Mechanismen entwickelt werden, um die Erderwärmung unter der 2-Grad-Grenze des Pariser Klimaabkommens zu halten. Doch die Zeit wird knapp, die Erreichung des Ziels scheint kaum noch möglich. Schuld ist nicht nur die Unzulänglichkeit des Abkommens selbst: Regierungen weltweit sorgen sich mehr um die Interessen ihrer nationalen Industrien als um das Weltklima.

Die Bundesregierung verweigert den Kohleausstieg, sabotiert den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien und hat spätestens in der Diesel-Affäre jeden Rest klimapolitischer Glaubwürdigkeit verloren – während unsere neue Landesregierung die zaghaften klimapolitischen Ansätze ihrer Vorgänger wieder zunichte macht. Auch das deutsche Klimaziel, die Emissionen bis 2020 um 40 Prozent zu reduzieren, wird krachend scheitern. Bislang erreicht sind gerade einmal 28 Prozent.

Verantwortungsloser Wahnsinn, angesichts der drohenden katastrophalen globalen Folgen für Mensch und Umwelt. Klimawandel und Erderwärmung vernichten die Lebensgrundlage für Millionen Menschen, sind Ursache für Krieg, Hunger und Vertreibung und werden weltweit zur Fluchtursache Nr. 1. Bis zur Jahrhundertmitte könnte die Zahl der Umweltflüchtlinge auf 200 Millionen Menschen ansteigen.

Hauptverantwortung trägt die kapitalistische Wirtschaftsweise der Länder des industriell entwickelten Nordens. Mit ihrer Logik von Profit und Konsum steht sie jedem nachhaltigen Umbau im Weg, will ihn allenfalls um den Preis von mehr Armut und Ausbeutung zulassen. Wir müssen uns deshalb entscheiden: Kapitalismus oder Klima. Ökologisch geht nur sozial!

Wir nehmen den Klimaschutz in eigene Hände! In Energiegenossenschaften, Bioenergiedörfern und Stadtteilinitiativen, in Kommunen, Universitäten und Unternehmen. Und vor allem auch mit einer klaren Ansage für eine gerechte Klimapolitik an die UN-Klimakonferenz in Bonn und die Koalitionsverhandlungen zwischen CDU, CSU, FDP und Grünen in Berlin.

DIE LINKE. NRW bekräftigt ihre Forderung nach einem Klimaschutzprogramm mit einem verbindlichen Fahrplan für den sofortigen, sozial abgesicherten Ausstieg aus der Braunkohle und dem schnellstmöglichen Ausstieg aus der Steinkohle – spätestens bis 2035. Bis 2025 sollen alle Kraftwerke vom Netz gehen, die älter als 40 Jahre sind.

DIE LINKE. NRW begrüßt und unterstützt die friedlichen Proteste im Zusammenhang mit dem UN-Klimagipfel COP 23 in Bonn.

DIE LINKE. NRW ruft ihre Mitglieder und Sympathisierenden zur Teilnahme an der Demonstration „Klima schützen - Kohle stoppen! - Rote Linie gegen Kohle“ am 04.11.2017 in Bonn auf.

DIE LINKE. NRW ruft ebenfalls auf zur Teilnahme und Unterstützung der friedlichen Aktionen des zivilen Ungehorsams von Bündnissen wie „Ende Gelände“, die im zeitlichen Umfeld dazu im Rheinland stattfinden.

Antragssteller: Hubertus Zebel, Mitglied des Bundestags, Hanno von Raussendorf, Delegierter und Kreissprecher KV Bonn, Jules El-Khatib, Jugendpolitischer Sprecher DIE LINKE.NRW, Alexander Neu, Mitglied des Bundestags, Sylvia Gabelmann, Mitglied des Bundestags, Andrej Hunko,

Mitglied des Bundestags, Michael Aggelidis, Marika Jungbluth, Delegierte KV Aachen,
Landesvorstand DIE LINKE.NRW Sprecher für Energie und Europa, Hans Decruppe, Delegierter
KV Rhein-Erft, Helmut Born, Mitglied im Landesvorstand, Sonja Neuhaus, Delegierte und
Kreissprecherin KV Essen,